



Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Antonios Antoniadis
Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

PRESSEMITTEILUNG

03.06.2016

Antoniadis: „Niederschwellige Lösungen sollten als solche gefördert werden“ Projektaufruf zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gestartet

Auch in Ostbelgien sind Menschen trotz des dichten Netzes an Hilfsangeboten von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Öffentliche Träger und Vereinigungen bemühen sich, Lücken im Angebot zu schließen. Mit einem Projektaufruf möchte die Regierung nun Initiativen und Maßnahmen von Dienstleistern und Ehrenamtlichen unterstützen.

Oftmals bestimmt immer noch das Geschlecht, die Herkunft oder aber die soziale Situation der Familie, wie hoch das Armutsrisiko und wie schwer die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist. Haushalte mit geringem Einkommen, kinderreiche Familien, Ein-Eltern-Haushalte, Menschen mit geringem Bildungsniveau, einer Beeinträchtigung oder Migrationshintergrund sind besonders gefährdet.

„Im Armutsbericht der DG wurde deutlich, dass die DG ein engmaschiges Netz an Hilfsangeboten aufweist. Wichtig ist daher die stärkere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Akteuren,“ so Sozialminister Antonios Antoniadis. „Trotz der bestehenden Angebote, die durch die öffentliche Hand unterstützt werden, entstehen immer wieder auch neue Bedarfe. So hat zwar die DG keinen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage, auf Maßnahmen anderer politischen Ebenen oder auf die Flüchtlingspolitik. Dennoch wird unsere Bevölkerung mit diesen Herausforderungen konfrontiert. Politik und Zivilgesellschaft sind dabei stets auf der Suche nach Lösungen für diese Probleme. Manchmal sind diese Lösungen niederschwellig und sollten als solche gefördert werden.“

Um die Arbeit der Dienste und das soziale Engagement zu unterstützen, hat der Minister ein Rundschreiben veröffentlicht, das die Förderung von Projekten mit möglichst wenig Bürokratie ermöglichen soll. Die Regierung möchte mit diesem Aufruf Projekte bezuschussen, die Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen oder die Integration fördern. Hierfür sieht der Minister rund 70.000 Euro vor. Die Projekte werden für eine Laufzeit von maximal zwei Jahren bezuschusst. Der Zuschuss beträgt mindestens 1.000 und maximal 10.000 Euro pro Jahr.

Das Antragsformular und weiterführende Informationen finden die interessierten Vereinigungen und öffentlichen Einrichtungen auf www.dglive.be oder auf Anfrage im Fachbereich Familie und Soziales (karin.fatzaun@dgov.be; Tel: 098 596 348 oder janina.vomberg@dgov.be; Tel: 098 876 757).

Für weitere Informationen

Frederik Thelen

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kabinett Minister Antonios Antoniadis

Pressereferent

Klötzerbahn 32, B - 4700 Eupen

Tel.: 087/59 64 92; E-Mail: frederik.thelen@dgov.be